

14
83

Union in Deutschland

Bonn, den 14. April 1983

Abrüstung: Der Westen drängt auf Ergebnisse

Bundeskanzler Helmut Kohl wird am 14./15. April auf Einladung von Präsident Reagan zu wichtigen Besprechungen nach Washington reisen. Auch die sowjetische Regierung hat den Kanzler nach Moskau eingeladen. Im Mittelpunkt dieser Gespräche werden die Genfer Verhandlungen der beiden Großmächte über Abrüstung und Rüstungsbegrenzung stehen, für die der amerikanische Präsident einen neuen Vorschlag vorgelegt hat.

Auch wenn die Sowjetunion diesen Vorschlag inzwischen pauschal abgelehnt hat, liegt er auf dem Tisch und wird die neue Phase der Verhandlungen in Genf bestimmen. Zu der neuen Initiative von Präsident Reagan erklärte der Bundeskanzler:

Die Bundesregierung begrüßt den neuen Vorschlag, den Präsident Reagan am 29. März in Genf zur Begrenzung der Mittelstreckenraketen in Europa unterbreitet hat. Dieser Vorschlag ist Ausdruck des stetigen und intensiven Bemühens des westlichen Bündnisses, alle Verhandlungsmöglichkeiten in Genf auszuschöpfen und zu einem möglichst frühen Zeitpunkt ein konkretes und ausgewogenes Ergebnis zu erreichen.

(Fortsetzung auf Seite 2)

■ INFORMATION

Weißbuch 1983

Seite 3

■ ARBEITSMARKT

Mehr als nur Licht am Ende des Tunnels

Seite 4

■ OSTERMÄRSCH

Aktionseinheiten von Sozialdemokraten und kommunistischen Organisationen

Seite 5

■ WAFFENEXPORT

Entscheidend bleibt die Sicherung des Friedens und der Verteidigung

Seite 7

■ OPPOSITION

„Atomwaffenfreie Zonen“ verboten gegen das Grundgesetz

Seite 9

■ GEMEINDEN

Koalitionsvereinbarung fördert das Wachstum und konsolidiert die Haushaltslage

Seite 11

■ BUNDESTAG

In zehn von zwanzig Ausschüssen stellt die Union den Vorsitzenden

Seite 13

■ DOKUMENTATION

Die Bewältigung von Arbeitslosigkeit

grüner Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

Der Vorschlag ist aufs engste im Bündnis abgestimmt. In einem persönlichen Briefwechsel zwischen Präsident Reagan und mir konnte die Bundesregierung auch an diesem Verhandlungsschritt wesentlich mitwirken. Diese Art der vertrauensvollen Konsultationen und ihr Ergebnis sind erneute Beweise für die enge Abstimmung und reibungslose Zusammenarbeit des Bündnisses im Bereich der Sicherheitspolitik.

Der Vorschlag unterstreicht den ernstesten Willen des amerikanischen Präsidenten, die Verhandlungen zu einem raschen und konkreten Erfolg zu führen. Dies zeigt sich auch darin, daß der Vorschlag noch in der soeben beendeten Verhandlungsrunde unterbreitet wurde.

Die Bundesregierung begrüßt daher auch, daß sich die sowjetische Verhandlungsseite bereit erklärt hat, die nächste Verhandlungsrunde gemäß der amerikanischen Anregung am 17. Mai aufzunehmen.

Die Allianz hält weiterhin an dem wünschenswerten Ziel der Null-Lösung, also der Beseitigung der gesamten Waffenkategorie der Mittelstreckenraketen auf beiden Seiten fest. Im Interesse baldiger konkreter Verhandlungsergebnisse ist das Bündnis jedoch bereit, sich aktiv um ein Zwischenergebnis zu bemühen.

Der Leiter der amerikanischen Verhandlungsdelegation, Botschafter Nitze, ist jetzt in der Lage, alle Möglichkeiten zu erkunden, die zu gleichen Begrenzungen für Gefechtsköpfe auf amerikanischen und sowjetischen Mittelstreckenflugkörpern führen.

Der amerikanische Vorschlag gibt Raum für Flexibilität auf beiden Seiten

und liefert somit den Rahmen für eine initiative und dynamische Verhandlungsführung in Genf. Ich appelliere an die Sowjetunion, ihre festgefahrene Haltung aufzugeben und auf das flexible Verhandlungsangebot der USA einzugehen.

Der Sowjetunion kommt angesichts ihrer Überrüstung, vor allem im Bereich der Mittelstreckenraketen, eine besondere Verantwortung für die Sicherung des Friedens in Europa zu. Ich bedaure es, daß die sowjetische Regierung sich bisher nicht zu der vom Westen vorgeschlagenen Lösung der völligen Beseitigung dieser Waffensysteme auf beiden Seiten entschließen konnte.

Der neue Vorschlag des amerikanischen Präsidenten gibt der Sowjetunion die Möglichkeit, zu einer Lösung auf der Basis von Gleichheit und Parität für beide Verhandlungsseiten beizutragen. Das westliche Bündnis bleibt entschlossen, Begrenzungen auf möglichst niedrigem Niveau zu erreichen.

Die Bundesregierung ist überzeugt, daß es bei gutem Willen auf beiden Seiten möglich sein wird, noch im Laufe dieses Jahres zu einem konkreten Verhandlungsergebnis zu kommen. Die Bundesregierung wird sich dafür auch weiterhin mit ganzer Kraft einsetzen.

Im Lichte der Verhandlungsergebnisse wird das Bündnis, gemäß dem Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979, seinen Nachrüstungsbedarf überprüfen. Auch nach der Vereinbarung eines Zwischenergebnisses tritt die Bundesregierung dafür ein, so lange weiterzuverhandeln, bis die vollständige Abschaffung der Mittelstreckenraketen als ganze Waffenkategorie erreicht werden kann.

INFORMATION

Weißbuch 1983

Der ehemalige Bundesminister der Verteidigung, Hans Apel, hatte für 1982 die Erarbeitung eines Weißbuches zur Sicherheitspolitik angeordnet. Im Gegensatz zu früheren Weißbüchern sollte kein üblicher Sachstands- und Rechenschaftsbericht verfaßt werden, sondern eine Darstellung der Sicherheitspolitik. Diese Absicht hatte der Verteidigungsminister dem damaligen Bundeskanzler mitgeteilt. Nur zu dieser Absicht — „Konzeption“ — hatte sich der Bundeskanzler schriftlich geäußert.

Bis September 1982 war auf der Grundlage von Beiträgen der Abteilungen der Entwurf einer ersten Fassung zusammengestellt worden, die keinerlei offiziellen Charakter hatte. Dieser erste Gesamtentwurf hatte bis zum Regierungswechsel weder einem Staatssekretär noch dem amtierenden Minister, geschweige denn dem damaligen Bundeskanzler vorgelegen. Es hatte auch — bis auf wenige Bearbeiter — niemand Kenntnis vom Inhalt, der im Hause noch nicht abgestimmt war.

Minister Wörner hat diesen Entwurf bis zum heutigen Tag weder gesehen noch bewertet. Alle Spekulationen über die angeblichen Absichten oder Äußerungen dieses Bundesministers der Verteidigung in diesem Zusammenhang sind frei aus der Luft gegriffen. Ob und wann ein neues Weißbuch veröffentlicht werden wird, hat die Bundesregierung noch nicht entschieden. Der Bundesminister der Verteidigung hat lediglich Anweisung erteilt, eine umfassende Darstellung der deutschen Sicherheitspolitik vorzubereiten.

Dem bis September 1982 gefertigten Entwurf lag der 1982 von der NATO herausgegebene amtliche Kräftevergleich zu-

grunde. Dieser Kräftevergleich gilt unverändert auch für die neue Bundesregierung. Soweit der „Spiegel“ Bewertungen zitiert, handelt es sich offensichtlich um die persönlichen Bewertungen eines Arbeiters.

Mehr Einfühlungsvermögen gefordert

Der CDU/CSU-Bundestagsabgeordnete und Verteidigungsexperte Willi Weiskirch hat die Forderung des neuen Generalinspektors der Bundeswehr, Wolfgang Altenburg, nach einem stärkeren Einfühlungsvermögen der militärischen Vorgesetzten in die Lage und Vorstellungswelt der jungen Wehrpflichtigen begrüßt. In einem Beitrag für die „Aachener Volkszeitung“ vertritt Weiskirch die Auffassung, es gelte nicht nur den nach wie vor beunruhigenden Mangel an Unteroffizieren zu beheben, man müsse auch das besondere

Wichtiger Hinweis

Antragsschluß für den 31. Bundesparteitag, 25. bis 27. Mai 1983 in Köln, ist der 26. April 1983, 24.00 Uhr.

Augenmerk auf die Qualität der militärischen Führer richten, die — so der Unionspolitiker — im Umgang mit den jungen Soldaten „Diskussionsbereitschaft und Phantasie“ entwickeln sollten. Weiskirch beklagte, daß Elternhaus, Schule und Jugendgruppen es bislang kaum fertiggebracht hätten, die Wehrpflichtigen auf ihren Dienst in den Streitkräften hin „vorzubereiten und zu motivieren“. Um so wichtiger sei es, daß sie in der Bundeswehr selbst auf verständnisvolle und ansprechende Vorgesetzte stießen. Dies zu bewirken, sei allerdings nicht nur die Aufgabe der Bundeswehr, sondern der ganzen Gesellschaft.

■ ARBEITSMARKT

Mehr als nur Licht am Ende des Tunnels

Endlich gibt es vom Arbeitsmarkt wieder eine gute Nachricht: Die Zahl der Arbeitslosen und der Kurzarbeiter ist zurückgegangen, die Zahl der offenen Stellen gestiegen. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit im März 1983 um fast 150 000 auf jetzt 2,386 Millionen ist der stärkste in einem März seit 1979.

Die Entwicklung liegt auf der Linie der von der Bundesregierung vorausgeschätzten jahresdurchschnittlichen Arbeitslosigkeit von 2,35 Millionen: eine günstigere Entwicklung scheint sogar möglich, erklärt der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium, Wolfgang Vogt. Die neuen Zahlen sind zwar wesentlich auf die saisonübliche Arbeitsmarktbelebung zu Beginn des Frühjahres zurückzuführen. Dennoch bedeuten sie mehr als nur Licht am Ende des Tunnels. Damit reiht sich auch die Arbeitsmarktmeldung in die inzwischen länger gewordene Liste der positiven Wirtschaftsnachrichten ein: Die Auftragseingänge in der Wirtschaft steigen, im Wohnungsbau sogar sprunghaft; der Preisanstieg geht von Monat zu Monat weiter zurück; die Zinsen sinken; in der Leistungsbilanz gegenüber dem Ausland erzielt die deutsche Volkswirtschaft steigende Überschüsse.

Für eine arbeitsmarktpolitische Entwarnung besteht jedoch kein Anlaß. Die jetzt registrierten Fortschritte bedeuten nicht, daß unsere konjunkturellen und strukturellen Probleme überwunden wären. Weiterhin drängen zudem die geburtenstarken Jahrgänge auf den Arbeitsmarkt. Erst

wenn die positive wirtschaftliche Entwicklung längere Zeit andauert, wird sich dies auch nachhaltig auf den Arbeitsmarkt auswirken. Deshalb ist es notwendig, den eingeschlagenen Weg zur Verbesserung der wirtschaftlichen Entwicklung konsequent und dauerhaft weiterzuverfolgen.

Die Investitionstätigkeit muß verstärkt werden. Dadurch dürfen jedoch keine neuen Verteilungungerechtigkeiten entstehen. Die Bundesregierung wird bald einen Gesetzentwurf zur stärkeren Beteiligung der Arbeitnehmer am Investivvermögen der Wirtschaft vorlegen.

Eine Rückkehr zur Vollbeschäftigung allein von wirtschaftlichem Wachstum zu erwarten, ist nach Aussage aller Wissenschaftler und Wirtschaftsinstitute unrealistisch.

— Deshalb müssen mehr Teilzeitarbeitsplätze angeboten werden.

— Deshalb wird die Bundesregierung den Rahmen schaffen, damit die Tarifpartner eine flexiblere Gestaltung der Lebensarbeitszeit vereinbaren können.

— Deshalb behalten die von der Bundesregierung verstärkten Arbeitsmarktmaßnahmen Bedeutung. Besonders die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sollten von den potentiellen Trägern aufgegriffen werden, damit die bereitgestellten Mittel zügig abfließen. (Siehe auch Dokumentation im grünen Teil dieser Ausgabe.)

„Aussteiger“ Matthöfer

Nach fast neunjähriger Tätigkeit als Bundesminister, die seine Gesundheit stark beeinträchtigt hat, läßt es der SPD-Politiker Hans Matthöfer jetzt ruhiger angehen. Zwar wird er weiterhin sein Bundestagsmandat ausüben und seinen Frankfurter Wahlkreis betreuen, doch leben wird Matthöfer künftig überwiegend in seinem Haus auf der Kanaren-Insel Gran Canaria.

■ OSTERMÄRSCHCHE '83

Aktionseinheiten von Sozialdemokraten und kommunistischen Organisationen

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Hans-Jochen Vogel hat kürzlich erklärt, er halte „in bestimmten Fragen“ eine gemeinsame Opposition aus SPD und Grünen gegen die Regierung der Mitte für möglich. Der geschiedene Kanzlerkandidat machte keine näheren Angaben darüber, in welchen „bestimmten Fragen“ es zu rotgrüner Gemeinsamkeit gegen Bundeskanzler Helmut Kohl kommen werde. Aber man braucht kein Prophet zu sein, um vorzusagen, daß die SPD unter Hans-Jochen Vogel und die Grünen vor allem auf dem Feld der Außen- und Sicherheitspolitik kaum Schwierigkeiten haben werden, sich gegen die Regierung der Mitte zu verbünden.

Ein Vorgeschmack auf rotgrüne Gemeinsamkeit in der Außen- und Sicherheitspolitik ist uns über Ostern geboten worden.

Zu den Aktionseinheiten zwischen den Sozialdemokraten und kommunistischen Organisationen anlässlich der Ostermärsche '83 stellt Generalsekretär Heiner Geißler fest: Die Ostermärsche '83 standen weitgehend im Zeichen der Forderung nach einseitiger Abrüstung. Viele Menschen nehmen an diesen Veranstaltungen teil, ohne zu wissen, daß sie von moskautreuen Kommunisten initiiert und gelenkt werden. Jeder, der sich in die Reihe der Ostermarschierer einreicht, sollte wissen, daß er damit eine Politik unterstützt, die den Frieden in Mitteleuropa unsicherer macht, er wird — ob er es will

oder nicht — zum Werkzeug sowjetischer Außenpolitik.

Viele fragen sich — und diese Frage ist verständlich —, ob die Bereitschaft zur militärischen Verteidigung im atomaren Zeitalter noch gerechtfertigt werden kann, oder ob nicht der Verzicht auf Verteidigung mit der Waffe und der gewaltlose Widerstand geboten sei. Aber diese Menschen müssen sich auch fragen, ob sie durch einseitige Übernahme sowjetischer Argumente nicht die geistige Auseinandersetzung mit den kommunistischen Diktaturen bereits aufgegeben haben. Dies gilt insbesondere auch für die Sozialdemokratische Partei, dessen Bundesgeschäftsführer Glotz die SPD-Mitglieder zur Teilnahme an den Ostermärschen aufgefordert hat. Der offizielle Aufruf der SPD sowie Äußerungen der vergangenen Tage machen deutlich, daß die Sozialdemokraten den gemeinsamen sicherheitspolitischen Kurs verlassen haben und sich von der Politik der NATO abwenden. Die SPD nimmt dabei auch Aktionseinheiten von Sozialdemokraten mit kommunistischen Organisationen in Kauf.

Das herausragende politische Ziel der Bundesrepublik Deutschland ist die Abrüstung. Eine solche Abrüstung kann aber nur dann den Frieden sichern, wenn sie beiderseitig geschieht. Die neue Initiative des amerikanischen Präsidenten Reagan zeigt, daß Erfolge in der Abrüstungsfrage erzielbar sind, auch wenn es nicht in einem großen Schritt die Null-Lösung ist, die von der Bundesregierung als Ziel angestrebt wird.

Die geistigen Voraussetzungen unserer Sicherheitspolitik sind nur dann glaubhaft, wenn wir Friedenssicherung durch militärische Abschreckung als einen zwar notwendigen, nicht aber hinreichenden Bestandteil unserer Außen- und Sicherheitspolitik begreifen. Der Weg zu einer gerechten, friedlicheren Welt ist lang und beschwerlich, und die Versuchung, in Pazifismus oder in Aufrüstung zu flüchten, ist groß. Dies aber wären Fluchtwege, keine Auswege. Wer einseitiger Abrüstung das Wort redet, macht es sich zu leicht; er kann zwar für sich persönlich eine solche Entscheidung fällen, jedoch nicht für die Gemeinschaft, in der er lebt. Vielmehr verlangt das christliche Gebot der Nächstenliebe, Menschenrechte und Menschenwürde des einzelnen zu achten, zu schützen, zu verteidigen und unrechte Gewalt von ihm abzuwenden. Es verlangt nicht, ihre Verletzung wehrlos zu dulden. Einzelne mögen sich für ihre Person für Gewaltverzicht entscheiden; die staatliche Gemeinschaft aber hat in jedem Falle die Aufgabe, ihre Bürger vor Gewalt zu schützen. Es ist, auch in unserer Zeit, sittlich nicht erlaubt, das eigene Volk der Diktatur und der Unfreiheit auszusetzen.

Die ethisch und religiös begründete Ablehnung der Verteidigungspolitik des freien Westens beruht auf einem Mißverständnis der christlichen Botschaft, die zwar gebietet, anderes Leben zu schützen, aber keine sittliche Rechtfertigung dafür gewährt, das eigene Leben im Einsatz für den anderen zu schonen.

Die Bundesrepublik Deutschland hat sich in den fünfziger Jahren für die westliche Allianz entschieden, weil wir die gleichen Ansichten über Menschenrechte, Demokratie und Freiheit haben. Und es sind in erster Linie diese Werte, durch die sich die kommunistischen Diktaturen bedroht sehen. Um den Frieden zu erhalten, müs-

sen wir unsere freiheitliche Ordnung sichern. Denn sie ist zugleich Hoffnung für die, die heute noch in der Welt in Unfreiheit leben.

Es geht nicht darum, der Sowjetunion den Willen zum Frieden abzusprechen. Auch sie will zur Zeit höchstwahrscheinlich keinen Krieg. Sie versucht etwas anderes: Sie will ihre politischen Ziele, die sich mit demokratischen Idealen nicht vereinbaren lassen, ohne Krieg durchsetzen, und sie hat dies auch getan, wo immer dies möglich war. Gewaltfreier Widerstand, demonstrative Bereitschaft zur Schwäche hat dies nirgendwo verhindert; sie als Alternative zu unserer Sicherheitspolitik zu empfehlen, erscheint zynisch angesichts der Leiden der Menschen etwa in Afghanistan oder in Polen.

Es sind letztlich nicht die Waffen, die den Frieden bedrohen, sondern es ist der politische Wille, der dahintersteckt. Dies wird auch an einem anderen Sachverhalt deutlich: Noch nie hat eine Macht ihre Wirtschaft und ihre Bürger so in den Dienst der Rüstung gezwungen, wie die Sowjetunion dies seit Jahren, ja Jahrzehnten tut.

Aber für große Teile der Friedensbewegung existiert die Sowjetunion einfach nicht — nicht die SS 20, die sie Woche für Woche stationiert, nicht ihre nachweislich expansive Politik in Afrika und Asien, nicht ihr aggressives Verständnis von „friedlicher Koexistenz“, nicht ihr totalitärer Herrschaftsapparat, der gegen jede Kritik, natürlich auch der Friedensbewegung, immun ist. Viele verschließen die Augen vor dieser Wirklichkeit, weil es sich so ruhiger leben läßt. Aber Flucht vor der unangenehmen Realität ist keine verantwortliche Politik.

Ostermärsche unter diesem Vorzeichen sind kein Beitrag zum Frieden. Sie machen vielmehr den Frieden unsicherer und gefährden die Abrüstungsverhandlungen in Genf.

■ WAFFENEXPORT

Entscheidend bleibt die Sicherung des Friedens und der Verteidigung

Zu den Richtlinien für den Waffenexport und der Fragen eines möglichen Verkaufs von Leopard II an Saudi-Arabien gab Staatsminister Alois Mertes dem Südwestfunk ein Interview. Wegen der grundsätzlichen Bedeutung dieses Komplexes nachfolgend der Wortlaut des Interviews:

Frage: CDU und CSU wollen, so heißt es heute in einer Zeitungsmeldung, in nächster Zukunft eine neue Konzeption über den Rüstungsexport entwickeln. Wann ist mit einem Entwurf zu rechnen?

Mertes: Die frühere Bundesregierung hat im Mai 1982 neue politische Grundsätze für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern beschlossen, die sie dann auch veröffentlicht hat. Die damalige parlamentarische Opposition, also die CDU/CSU, hat die neuen Grundsätze bejaht, weil sie sich im wesentlichen mit den Grundsätzen decken, die ein Jahr zuvor, und zwar nach eingehender Debatte, von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion beschlossen worden waren. Es ging dabei vor allen Dingen um die Forderung nach weltweiter Beschränkung des Rüstungsexportes, dann um die Erhaltung der eigenen Verteidigungsfähigkeit und, im Rahmen der Arbeitsteilung der NATO zu eigenen Verbündeten, um restriktive deutsche Rüstungsexportpolitik, aber auch um die Preisgabe des Begriffes „kein Export in Spannungsgebiete“, weil die ganze Welt ja praktisch zum Spannungsgebiet geworden ist. Dann haben wir aber auch damals schon gesagt, die Bundesregierung muß durch eine Entscheidung im Einzelfall die

politische Kontrolle über den deutschen Rüstungsexport behalten, und zwar gemäß den vitalen Interessen der Bundesrepublik Deutschland an einer weltweiten Sicherung des Friedens, aber auch der Freiheit unserer Verteidigungsfähigkeit und unserer wirtschaftlichen Lebensgrundlagen. Dem entsprechen die geltenden politischen Grundsätze der Bundesregierung.

Frage: So daß Sie also keine Möglichkeit oder keine Notwendigkeit sehen, die Exportrichtlinien zu ändern?

Mertes: Fragen dieser Art müssen immer wieder beraten werden. Ich halte es durchaus für möglich, daß auch die Bundesregierung im Lichte der inzwischen eingetretenen Entwicklungen diese Grundsätze überprüft. Das hat sie ja beispielsweise auch getan in der Frage Offenlegung oder nicht der eventuell zu stationierenden Mittelstreckenwaffen. Sie ist bei der Neuüberprüfung zu dem alten Ergebnis gekommen, das auch schon die Regierung Schmidt beschlossen hatte: keine Offenlegung. Und ich halte es für eher wahrscheinlich, daß die praktisch im Konsens mit uns beschlossenen Richtlinien für den Rüstungsexport nicht verändert werden. Die einzigen, die damals diese Richtlinien kritisiert hatten, waren starke linke Kräfte in der SPD und auch Teile der Friedensbewegung, während die damalige parlamentarische Opposition in dieser Frage den Konsens mit den Beschlüssen der Bundesregierung betonte.

Frage: Nun hat Ihr Parteifreund, der Abgeordnete Werner Marx, in der vergangenen Woche erklärt, der Handlungsspielraum der Bundes-

regierung beim Waffenexport müßte vergrößert werden. Teilen Sie denn diese Meinung?

Mertes: Wissen Sie, es liegt an der Vielschichtigkeit des Themas Rüstungsexport und auch an der breiten Repräsentativität der Union als Volkspartei, daß von Zeit zu Zeit von einzelnen Unionspolitikern legitimerweise immer wieder Forderungen entweder nach Verschärfungen oder nach Lockerung, je nach Gesichtspunkt der jetzt geltenden Grundsätze, erhoben werden. Und insofern halte ich auch die Überlegungen meines Freundes Werner Marx für eine Sache, die überdacht werden muß. Es gibt ja auch andere Stimmen, die sagen, wir müssen wieder viel restriktiver werden. Mein persönlicher Eindruck ist, daß der Handlungsspielraum der Bundesregierung, der ja durch Gesetze begrenzt ist und durch diese politischen Grundsätze begrenzt wird, daß dieser Spielraum für unsere politischen Notwendigkeiten genügt.

Frage: Bundeskanzler Helmut Kohl will ja noch in diesem Jahr nach Saudi-Arabien reisen. Könnte es sein, daß die Saudis danach deutsche Panzer vom Typ Leopard II erhalten?

Mertes: Der Bundeskanzler hat als Oppositionsführer in dieser Frage immer eine ausgewogene Stellung bezogen. Er hat immer gesagt, daß die Sicherung der Golfregion ein gesamtwestliches Interesse ist, also auch im Interesse Israels liegt. Und er hat gefordert, daß der Westen eine gemeinsame Strategie zur Sicherung dieses Gebietes braucht. Während die CDU/CSU gegen eine rein bilaterale Absprache auf diesem Gebiet mit Saudi-Arabien war, hat sie immer gesagt, wenn es zu einer westlichen Gesamtkonzeption zur Sicherung der Golfregion kommt, dann muß allerdings auch Deutschland daran beteiligt werden können. Es ist klar, daß wir in unserer Solidarität mit Israel nichts tun werden, was die wahren Interessen Israels schädigen könnte, aber auf der anderen

Seite geht es natürlich nicht, daß alle sozusagen beteiligt werden können an Exporten in diesen Raum, während die Bundesrepublik Deutschland wegen der Verbrechen des Nationalsozialismus hier von vornherein ausgeschlossen wäre. Also kurz gesagt: keine nationalen Alleingänge, sondern Absprache im westlichen Bündnis, Rücksichtnahme auf Israel, aber auch Wahrung unserer spezifischen deutschen Interessen im Gesamtverband des Westens.

Frage: Wenn ich noch einmal auf die Richtlinien zu sprechen kommen darf und auf das, was Sie mit Überdenken vorhin gemeint haben, könnte es denn sein, daß arbeitsmarktpolitische Rollen mit dazu geführt haben, daß man die Exportrichtlinien überdenken will?

Mertes: Die wirtschaftlichen Fragen haben in diesem Zusammenhang niemals eine auch nur irgendwie entscheidende Rolle gespielt, sondern es waren immer nur die Fragen der Sicherung des Friedens, die Fragen der Verteidigung. Daß sie natürlich auch eine Funktion haben, das haben wir ja schon bei dem Bau von Schiffen usw. gesehen, das ist ganz klar, aber das hat niemals den Ausschlag gegeben und wird auch niemals den Ausschlag geben.

Über 5000 neue Mitglieder

Die CDU hat im März 1983 7649 neue Mitglieder aufgenommen. Nach Abzug der Abgänge bleibt ein bereinigter Zuwachs von 5021 Mitgliedern. Im Januar hatte sich die Zahl der CDU-Mitglieder um 940 und im Februar um 2823 erhöht. Insgesamt hat die CDU jetzt 727682 Mitglieder. Neben den Wahlerfolgen im Bund und in den Ländern, die im März erzielt werden konnten, ist der kräftige Mitgliederzuwachs ein überzeugender Beweis für das Vertrauen in die Politik der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.

OPPOSITION

„Atomwaffenfreie Zonen“: Verstoß gegen das Grundgesetz

Zu den neuen Aktionen der SPD und der Grünen, Kommunen zu atomwaffenfreien Zonen zu erklären, stellt CDU-Sprecher Wolter v. Tiesenhausen fest: Immer mehr Sozialdemokraten sind bereit, um billiger Propagandaeffekte willen, gegen die im Grundgesetz festgelegte Gewaltenteilung zu verstoßen. Gemeinden, Städte und Kreise nehmen auf Drängen der SPD Kompetenzen in Anspruch, die ihnen die Väter des Grundgesetzes wohlüberlegt vorenthalten haben.

Obwohl es im Artikel 73 Absatz 1 des Grundgesetzes unmißverständlich heißt: „Der Bund hat die ausschließliche Gesetzgebung über die auswärtigen Angelegenheiten sowie die Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung“ und der Artikel 31 alle Zweifel mit der eindeutigen Formulierung „Bundesrecht bricht Landesrecht“ ausräumt, macht sich die SPD (und natürlich auch die Grünen) dafür stark, einzelne Gemeinden, Städte und Kreise zu „atomwaffenfreien Zonen“ zu erklären.

Daß es sich hierbei nicht um Vorstöße einzelner SPD-Politiker, sondern um eine vom SPD-Parteivorstand gebilligte, gewollte und zentral vorbereitete Aktion handelt, geht aus der Schrift „Parteiarbeit der SPD“ hervor. Dort heißt es: „Sozialdemokraten beantragen im Stadt- bzw. Gemeinde, ihr Gemeinde- bzw. Stadtgebiet zu einer atomwaffenfreien Zone zu erklären (Musterantrag siehe Anlage).“ Danach folgt eine bis ins einzelne gehende Hand-

lungsanweisung für die örtlichen Mandatsträger der SPD.

Ärgerlich ist weniger die Tatsache, daß die SPD im Gegensatz zu der von ihr als Regierungspartei verfolgten Außen- und Sicherheitspolitik jetzt für die einseitigen Vorleistungen des Westens eintritt und damit willfährig die Forderung der Sowjetunion erfüllt, sondern der bewußte Verstoß gegen das Grundgesetz.

Wer die Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen den drei Ebenen unseres Bundesstaates in Frage stellt, untergräbt einen wichtigen Pfeiler unseres Gemeinwesens. Der verständliche Drang nach propagandistischen Erfolgserlebnissen sollte seine Grenzen in den Bestimmungen des Grundgesetzes finden.

Wortlaut des Karlsruher Urteils

Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf einen Artikel in der UjD, Nr. 7, in welchem eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes aus dem Jahr 1958 zitiert wird, deren Wortlaut wir nachfolgend wiederholen:

„Die Gemeinde ist als hoheitlich handelnde Gebietskörperschaft, soweit ihr nicht Auftragsangelegenheiten vom Staat zugewiesen worden sind, von Rechts wegen darauf beschränkt, sich mit Angelegenheiten des örtlichen Wirkungskreises zu befassen. Angelegenheiten des örtlichen Wirkungskreises sind nur solche Aufgaben, die in der örtlichen Gemeinschaft wurzeln oder auf die örtliche Gemeinschaft einen spezifischen Bezug haben und von dieser örtlichen Gemeinschaft eigenverantwortlich und selbständig bewältigt werden können. Die Gemeinde überschreitet die ihr gesetzten rechtlichen Schranken, wenn sie zu allgemeinen, überörtlichen, vielleicht hochpolitischen Fragen Resolutionen faßt oder für oder gegen eine Politik Stellung nimmt, die sie

nicht als einzelne Gemeinde besonders trifft, sondern der Allgemeinheit — ihr nur so wie allen Gemeinden — eine Last aufbürdet oder sie allgemeinen Gefahren aussetzt.“ (Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, 8. Band, 1959, S. 122 f.)

Scharfe Kritik aus der IG Chemie an der SPD

Der Vorsitzende der IG Chemie, der SPD-Abgeordnete Hermann Rappe, hat scharfe Kritik an Mitgliedern des SPD-Parteivorstandes geübt. Er warf ihnen vor, den Kurs einer „linken Protestpartei“ anzusteuern. Rappe sagte auf einer Konferenz der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen, daß ein derartiger Kurs den Gewerkschaften nicht gleichgültig sein könne. „Eine linke Protestpartei muß die Arbeitnehmer verunsichern und bringt keine Stimmen.“ Die Partei müsse auf dem Kurs einer Volkspartei auf dem Boden des Godesberger Programms bleiben, vor allen Dingen eine glaubwürdige Kompetenz in der Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik behalten.

Kronawitter tritt gegen Kiesel an

Die Münchner SPD tritt bei den Kommunalwahlen 1984 mit dem ehemaligen Oberbürgermeister Kronawitter als Spitzenkandidat gegen Oberbürgermeister Kiesel (CSU) an. Der 54jährige Kronawitter wurde vom Parteitag der Münchner Sozialdemokraten bei zwei Gegenkandidaten bereits im ersten Wahlgang mit 123 von 239 Stimmen nominiert. Vor der letzten Kommunalwahl 1978 war der damalige OB Kronawitter — auf dem Höhepunkt der jahrelangen SPD-internen Kontroversen — nicht mehr aufgestellt worden. Der OB-Sessel fiel dann erstmals nach 30jähriger ununterbrochener SPD-Vorherrschaft in München an die CSU.

CDU respektiert die Entscheidung von Walther Leisler Kiep

Zu der Entscheidung von Walther Leisler Kiep, aus der Hamburger Bürgerschaft auszuschneiden, erklärt Heiner Geißler: Die CDU respektiert die Entscheidung von Walther Leisler Kiep, aus der unmittelbaren Hamburger Politik auszuschneiden. Walther Leisler Kiep hat unter großem persönlichen Einsatz zweimal die Spitzenkandidatur für die CDU in Hamburg, einer Stadt mit einer starken SPD-Tradition, übernommen. Er hat im Dienst dieser Aufgabe sein Bundestagsmandat und das Amt des stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion niedergelegt, um für die Bürgerschaftswahlen 1982 ungeteilt der Hamburger Politik zur Verfügung zu stehen. Er hat unter schwierigen Verhältnissen für die CDU hervorragende Wahlergebnisse, darunter einmal die relative Mehrheit, das beste Ergebnis, das die CDU je in Hamburg erreichte, erzielt. Das Wahlergebnis vom 6. Juni 1982 war darüber hinaus ein wichtiger Schritt für die Wende in Bonn im Herbst. Kein anderer hätte bessere Ergebnisse erzielen können.

Die CDU Deutschland dankt Walther Leisler Kiep für seine überzeugende Arbeit für die Politik der Christlich Demokratischen Union in Hamburg. Die CDU begrüßt es, daß Walther Leisler Kiep Mitglied des Präsidiums der CDU bleibt und auf dem nächsten Bundestag wieder für das Amt des Bundesschatzmeisters — und somit für das Parteipräsidium — kandidieren wird.

■ GEMEINDEN

Koalitionsvereinbarung fördert das Wachstum, konsolidiert die Haushalte

Die Kommunalpolitische Vereinigung der CDU und CSU hat der Öffentlich-politischen Aktionsprogramm für die 10. Wahlperiode des Deutschen Bundestages vorgestellt. Ebenso haben die kommunalen Spitzenverbände im Vorfeld der Bundestagswahl ihre Vorstellungen für kommunalfreundliche Politik in der 10. Wahlperiode des Deutschen Bundestages vorgetragen.

Ein Vergleich mit den Ergebnissen der Koalitionsvereinbarungen zeigt: Die Koalition der Mitte nimmt ihre Verantwortung für die Sorgen und Anliegen der Kommunalen Selbstverwaltung ernst. Dies wird besonders in folgenden 9 Punkten deutlich:

1. Die schrittweise zu vollziehende und mittelfristig konzipierte Haushaltskonsolidierung von Bund, Ländern und Gemeinden ist ein Eckpunkt der Koalitionsvereinbarung. Nach den Absprachen sollen in den Jahren 1984 bis 1986 bei den Gemeinden rd. 3,5 Mrd. DM über Ausgabenkürzungen eingespart werden.

2. Wie schon in der Regierungserklärung vom Oktober 1982, wird jetzt erneut bekräftigt, daß kein Verschiebeparkplatz der Lasten des Bundes auf die Länder und Gemeinden stattfinden soll. Hierdurch erhalten die Gemeinden die Gewähr, daß mühsame eigene Konsolidierungserfolge beitragen zur eigenen Haushaltssanierung SPD-geführten Bundesregierung durch Lastenverschiebungen vom Bund zerstört werden.

3. Trotz der schrittweisen Ausgabenkürzungen will der Bund gegenüber der jetzigen Finanzplanung zusätzliche Investitionen von rd. 1 bis 1,5 Mrd. DM vorsehen. Dies ist ein wichtiger Schritt für die Belegung der Investitionstätigkeit der Gemeinden, da die Kürzung der Investitionszuweisungen des Bundes zum Rückgang der kommunalen Investitionen beigetragen haben.

4. Der Bund hat seine Absicht bekräftigt, die mehrfach geäußerte Bereitschaft der kommunalen Spitzenverbände, eigene Vorschläge der Gemeinden zu Ausgabenkürzungen zu erarbeiten, positiv aufzunehmen. Das gilt insbesondere für die Kostenbegrenzung in der Sozialhilfe. Dadurch wird den Gemeinden die Möglichkeit eröffnet, eigene Vorschläge zur Stärkung der Eigenverantwortung und Vergrößerung des Handlungsspielraums der kommunalen Selbstverwaltung positiv in die Bundespolitik einzubringen.

5. Durch die Konzentration der Entlastung der gewerblichen Wirtschaft bei der Vermögenssteuer ist keine Schwächung der Gewerbesteuer zu befürchten. Die Gewerbesteuer bleibt deshalb eine tragende Säule des gemeindlichen Steuersystems. Die Behauptungen der SPD im Bundestagswahlkampf, die Gewerbesteuer sei zum Abschluß freigegeben, fallen in sich zusammen.

6. Der Bund hat erneut den Grundsatz bekräftigt, daß bei Änderungen des Steuerrechts überproportionale Steuerzufälle der Gemeinden vom Bund auszugleichen sind. Unter der SPD-geführten Bundesregierung haben mehrfach Steuerrechtsänderungen zu einer Verringerung

des Anteils der Gemeinden am Steueraufkommen geführt. Hierdurch sind die Vorteile der Gemeindefinanzreform von 1969 stark beschädigt worden.

7. Die steigenden Aufwendungen der Sozialhilfe durch die Kosten der altersbedingten Pflege — vor allem der stationären Heimpflege — haben sich zu einer schweren Belastung der Finanzausstattung der Gemeinden entwickelt. In den Koalitionsvereinbarungen ist eine Neuregelung der Finanzierung der Kosten der Pflegefälle angekündigt worden. Dabei soll der Grundsatz gelten: Ambulante Versorgung hat Vorrang vor stationärer Versorgung, personale Dienste haben Vorrang vor kollektiver Leistung.

8. In der Verkehrspolitik sollen die Mittel des Bundesfernstraßenbaus bevorzugt auf Gebiete mit Nachholbedarf, auf Strukturschwache und periphere Räume und Ortsumgehungen konzentriert werden. Hierdurch wird die Verkehrsanbindung der Gemeinden im ländlichen Raum verbessert. Der Bau von Ortsumgehungen erleichtert und unterstützt die Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung.

9. Eine konsequente Ausländerpolitik, die die Integration derer fördert, die auf Dauer bei uns leben wollen, und die Rückkehrbereitschaft der übrigen durch finanzielle Unterstützung der einzelnen sowie durch Fördermaßnahmen der Herkunftsländer stärkt, liegt auch im Interesse der Gemeinden und vor allem der größeren Städte, in denen die große Mehrzahl der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Angehörigen wohnt.

Diese Punkte zeigen, daß die Sorgen und Anliegen der kommunalen Selbstverwaltung zu einem wichtigen Bestandteil der Koalitionsvereinbarung geworden sind. Im Unterschied zu früheren Bundesregierungen nimmt die von der Union geführte Bundesregierung ihre Mitverantwortung für die Lage der Städte, Gemeinden und Kreise ernst.

KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG:

Engagiert in der Dritten Welt

Die Konrad-Adenauer-Stiftung in Sankt Augustin hat im vergangenen Jahr 113,6 Mill. DM ausgegeben. Die Stiftung, die sich wie die anderen parteinahen Stiftungen zu über 90% aus öffentlichen Mitteln finanziert, ist außer in der politischen Bildungsarbeit auch mit 145 Projekten in 62 Ländern der Dritten Welt engagiert.

Das Bildungswerk der Konrad-Adenauer-Stiftung mit seinen Außenstellen und der Heimvolkshochschule Eichholz hat 1300 Veranstaltungen mit über 44 000 Teilnehmern durchgeführt. Die Ausgaben des Bildungswerkes beliefen sich auf 12 Mill. DM. Mit den 14,5 Mill. DM des Instituts für Begabtenförderung wurden 1982 882 deutsche Studenten, 323 deutsche Graduierte und 336 ausländische Studenten und Graduierte gefördert.

Die Ausgaben für die Politische Akademie der Stiftung beliefen sich auf 1,2 Mill. DM. Für das Archiv für Christliche Demokratische Politik auf 2,8 Mill. DM. Dem Institut für Kommunalwissenschaften standen 2 Mill. DM, dem Sozialwissenschaftlichen Institut 5,2 Mill. DM zur Verfügung. Mit 61 Mill. DM entfiel der weitaus größte Etatposten auf das Institut für Internationale Solidarität der Stiftung. Ende 1982 arbeiteten 71 deutsche Fachleute als Vertreter der Stiftung und als Projektberater in Entwicklungsländern. Gefördert wurden Maßnahmen in den sozialen, gesellschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Sektoren der Entwicklung, nicht jedoch in den technischen, medizinischen oder naturwissenschaftlichen Bereichen.

BUNDESTAG

In zehn von zwanzig Ausschüssen stellt die Union den Vorsitzenden

Der Bundestag hat am 30. März beschlossen, in der 10. Legislaturperiode wieder 20 ständige Ausschüsse einzusetzen. Die Mitgliederzahl beträgt zwischen 13 und 37. Im 9. Bundestag war die Höchststärke auf 33 Abgeordnete begrenzt. Das Zutrittsrecht zum Auswärtigen Ausschuß, dem Verteidigungsausschuß, dem Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen sowie für den Innenausschuß in Angelegenheiten der inneren Sicherheit wird auf die ordentlich Mitglieder und deren namentlich benannten Stellvertreter beschränkt.

Über die Verteilung der Vorsitze haben die Parlamentarischen Geschäftsführer nachfolgende Vereinbarung getroffen. Danach fällt der Vorsitz von zehn Ausschüssen an die CDU/CSU-Fraktion und von acht Ausschüssen an die SPD, FDP und „Die Grünen“ erhalten jeweils einen Ausschuß-Vorsitz.

Im einzelnen verbleibt der Vorsitz im mit 13 Mitgliedern unverändert starken Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung bei der SPD. In den um jeweils zwei Mitglieder auf 29 beziehungsweise 35 Mitglieder erhöhten Ausschüssen für Petitionen und Auswärtiges wird auch weiterhin die CDU/CSU den Vorsitzenden stellen. Um sechs auf 33 Mitglieder verstärkt wurde der Innenausschuß, der auch künftig einen SPD-Vorsitzenden haben wird. Der Sportausschuß (unverändert 13 Mitglieder) verbleibt bei der CDU/CSU.

An die CDU/CSU mußte die SPD den Vorsitz des auch künftig 27 Mitglieder umfas-

senden Rechtsausschusses abgeben. Den Vorsitz des um zwei auf 33 Mitglieder verstärkten Finanzausschusses wird wie in den vergangenen Wahlperioden die FDP halten. Die SPD behält den Vorsitz des Haushaltsausschusses, der um vier auf 37 Mitglieder erhöht wurde. Bei der CDU/CSU verblieb der Vorsitz des Wirtschaftsausschusses (33, bisher 31 Mitglieder), bei der SPD der Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (unverändert 27 Mitglieder) sowie der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung (35, bisher 33 Mitglieder) bei der CDU/CSU der Verteidigungsausschuß (unverändert 27 Mitglieder).

Um sechs auf 19 Mitglieder verkleinert wurde der Ausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit, in dem auch künftig die CDU/CSU den Vorsitz einnehmen wird. Keine Veränderungen gab es im Verkehrsausschuß (27 Mitglieder; Vorsitz CDU/CSU), dem Ausschuß für das Post- und Fernmeldewesen (13 Mitglieder; Vorsitz SPD) sowie beim Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (27 Mitglieder; Vorsitz CDU/CSU).

Die FDP mußte den Vorsitz des Ausschusses für innerdeutsche Beziehungen (weiterhin 25 Mitglieder) an die CDU/CSU abgeben. Der Ausschuß für Forschung und Technologie (unverändert 25 Mitglieder) wird künftig einen Vorsitzenden aus der Fraktion „Die Grünen“ anstelle eines CDU/CSU-Vorsitzenden haben. Um sechs auf 19 Mitglieder verringert wurde auch der Ausschuß für Bildung und Wissenschaft, der aber ebenso wie der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit (unverändert 25 Mitglieder) bei der SPD verbleibt.

Endgültiges Ergebnis der Bundestagswahl 1983

	1983		Erststimmen		Zweitstimmen		1980	
	Anzahl	v. H.	v. H.	Anzahl	v. H.	Anzahl	v. H.	
Wahlberechtigte	44 088 935	100,0	43 231 741	100,0	44 088 935	100,0	43 231 741	100,0
Wähler, Wahlbeteiligung	39 279 529	89,1	38 292 176	88,6	39 279 529	89,1	38 292 176	88,6
Ungültige	434 176	1,1	485 645	1,3	338 841	0,9	353 115	0,9
Gültige	38 845 353	100,0	37 806 531	100,0	38 940 687	100,0	37 938 981	100,0
SPD	15 686 033	40,4	16 808 861	44,5	14 865 807	38,2	16 260 677	42,9
CDU	15 943 460	41,0	13 467 207	35,6	14 857 680	38,2	12 989 200	34,2
CSU	4 318 800	11,1	3 941 365	10,4	4 140 865	10,6	3 908 459	10,3
F.D.P.	1 087 918	2,8	2 720 480	7,2	2 706 942	7,0	4 030 999	10,6
Grüne	1 609 855	4,1	732 619	1,9	2 167 431	5,6	569 589	1,5
BWK	686	0,0	—	—	2 129	0,0	—	—
C.B.V.	2 068	0,0	—	—	10 994	0,0	3 946	0,0
DKP	96 143	0,2	107 158	0,3	64 986	0,2	71 600	0,2
EAP	7 491	0,0	4 992	0,0	14 966	0,0	7 666	0,0
KPD	—	0,0	—	—	3 431	0,0	—	—
NPD	57 112	0,1	—	—	91 095	0,2	68 096	0,2
OEDP	3 341	0,0	—	—	11 028	0,0	—	—
USD	450	0,0	—	—	3 333	0,0	—	—
Bürgerpartei	—	—	—	—	—	—	—	—
KBW	—	—	507	0,0	—	—	11 256	0,0
V	—	—	12 008	0,0	—	—	8 174	0,0
DFP	—	—	7 160	0,0	—	—	9 319	0,0
DU	—	—	96	0,0	—	—	—	—
UAP	—	—	421	0,0	—	—	—	—
Übrige	31 996	0,1	23 849	0,1	—	—	—	—

SPD	NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
CDU	OEDP	Ökologisch-Demokratische Partei
CSU	USD	Unabhängige Soziale Demokraten
F.D.P.	Bürgerpartei	Kommunistischer Bund Westdeutschlands
Grüne	KBW	Volksfront
BWK	V	Deutsche Freiheits Partei
C.B.V.	DFP	Deutsche Union
DKP	DU	Unabhängige Arbeiter-Partei (Deutsche Sozialisten)
EAP	UAP	
KPD		
Kommunistische Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten)		

CDU OLDENBURG

Gerhard Glup das zehnte Mal zum Landesvorsitzenden gewählt

Bei 11 Gegenstimmen und 9 Enthaltungen wurde Landesminister Gerhard Glup auf dem Landesparteitag der Oldenburger CDU am 9. April 1983 in Delmenhorst mit 240 von 260 Stimmen zum zehnten Mal zum Landesvorsitzenden gewählt.

In seinem Rechenschaftsbericht konnte der Landesvorsitzende auf großartige Erfolge der Oldenburger CDU bei den im Berichtszeitraum stattgefundenen Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen verweisen. Auch die Mitgliederentwicklung — 2714 neue CDU-Mitglieder in den letzten zwei Jahren — war äußerst positiv.

„Es darf jedoch kein Ausruhen geben, sonst wäre der Rückschlag unvermeidlich.“ Mit diesen Worten forderte Glup die Mitglieder seines Landesverbandes auf, in ihren Anstrengungen nicht nachzulassen. Die CDU stellt in 46 der 57 oldenburgischen Gemeinden den Oberbürgermeister bzw. Bürgermeister und ist im Land sowie im Bund in der Verantwortung. Das bedeutet in der heutigen Zeit Mut zu unpopulären Entscheidungen. Nach Glups Worten ist bei vielen Bürgern mehr Verständnis für Sparmaßnahmen vorhanden als manche Politiker vermuten. Zur Verhinderung und zum Abbau weiterer Staatsverschuldung ist eine Durchforstung öffentlicher Ausgaben auf allen Ebenen unumverzichtbar. Es könne auf die Dauer nicht mehr verteilt werden als erwirtschaftet werde.

Der Landesvorsitzende wandte sich gegen eine „soziale Hängematte“ für Bürger, die nicht zur Leistung bereit seien, und sprach sich auch gegen den Mißbrauch von staatlichen Vergünstigungen aus. Als

oberste Priorität nannte der Landesvorsitzende die Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Erste Erfolge seien nach Bildung der Regierung Kohl sichtbar.

Auf die anderen Parteien eingehend meinte Glup, die FDP habe sich zwar reichlich spät vom linken Ballast befreit, ist jedoch wieder ein akzeptabler Koalitionspartner für uns geworden. Das Verhalten der Grünen kritisierte Glup, weil sie im Landtag unnötig die Arbeit erschweren und strapazierten, und die SPD sei in allen wichtigen Lebensfragen des deutschen Volkes in sich gespalten.

Zu stellvertretenden Landesvorsitzenden wählte der Parteitag MdB Erich Maaß, Wilhelmshaven; Landrat Clemens-August Krapp, MdL, Vechta, und Manfred Hüniken, MdL, Ammerland. Zuvor hatten die Oberbürgermeister Otto Jenzok, Delmenhorst, und Hans Janssen, Wilhelmshaven, nach jahrzehntelanger Mitarbeit im Landesvorstand auf eine Wiederwahl verzichtet. Neu in den Landesvorstand wurden auch die Kreisvorsitzenden Walter Löwe, Delmenhorst, und Karlheinz Bäker, Friesland, gewählt. Außerdem hatte der Landesparteitag die Delegierten für den Bundesparteitag und Bundesausschuß zu wählen.

In 21 Sachanträgen an den Landesparteitag befaßten sich die Delegierten u. a. mit den Themen „Ungleichbehandlung von Ausländern und Deutschen im Versicherungswesen“, „Arbeits- und Ausbildungsplätze“, „Renten“, „Mitbestimmung“, Sozialpolitik, Kultur- und Hochschulpolitik sowie Umweltschutz und Wehrgerechtigkeit. In einem Dringlichkeitsantrag sprachen sich die Delegierten für die Durchführung der Volkszählung aus.

UNION BETRIEBS GMBH
 POSTFACH 24 49
 5300 BONN 1
 POSTVERTRIEBSSTÜCK
 Z 8398 C
 GEBÜHR BEZAHLT

■ ZITAT

Börners Fiasko

Gespräche, zu denen der hessische Ministerpräsident Börner derzeit in Wiesbaden einlädt, dürften von niemandem stärker als quälende Akte empfunden werden als von ihm selbst. Der Politiker, der einst als sozialdemokratische Symbolfigur für Solidität und Stabilität gelten konnte, gleich einem in den Sumpf geratenen Wanderer, der zwar noch die Beine bewegen kann, mit seinen Bewegungen aber immer tiefer in die Weglosigkeit hineingerät. Da gab es eine Serie von Überlegungen und Behelfen, mit denen der geschäftsführende Ministerpräsident und seine Rumpfregierung Zeit gewinnen wollten. Tatsächlich haben sie damit Zeit verloren. Da gab es Illusionen, die sich in das Gewand der Pflicht („nicht vor der Bundestagswahl“) oder in das Gewand des Opportunismus („den günstigen Zeitpunkt für das Rückschwingen des Pendels nach der Bundestagswahl abwarten“) hüllten. Am Ende wurde so viel Taktik auch in den eigenen Reihen immer skeptischer beurteilt.

Blenden wir zurück: Im Sommer 1982 stand die

SPD in Bonn auf dem Tiefpunkt ihres Ansehens; die hessischen Landtagswahlen schienen für die CDU und Alfred Dregger fast schon gewonnen. Nur Börner schien nicht in den Strudel des Niedergangs seiner Partei geraten zu sein. Dann inszenierte Bundeskanzler Schmidt seinen Sturz als Verratskomplott und beeinflusste damit aufs nachhaltigste die hessische Landtagswahl. Damit verhinderte er zwar einen CDU-Sieg, erreichte aber nicht den Sieg Börners und der SPD. Immerhin: Der Elan der CDU schien gebrochen, die Stimmung umzuschwenken. Aber dann verlegte sich Börner rätselhafterweise aufs Lavieren.

Ausgerechnet Börners SPD verhandelte mit den Grünen — trotz der Hamburger Erfahrungen und obwohl der Konfliktstoff zwischen Grünen und SPD in Hessen größer war als anderswärts. Doch die Grünen gaben sich flexibel. Das Hin und Her verlängerte und der SPD am Ende den Vorwurf eintrug, am Scheitern der Gespräche schuld zu sein. Hinzu kam die schroffe Zurückweisung von Angeboten Walzmanns auf eine provisorisch gemeinte Zusammenarbeit mit der CDU. Nun vermag niemand mehr einen Sinn im Verzögern von Neuwahlen zu erkennen. Börner und die hessische SPD haben den wahltaktischen Bogen deutlich überspannt.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13. 4. 1983

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41-111. Verlag: Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. Vertrieb: Telefon (02 28) 5 44-3 04. Verlagsleitung: Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lüthje, Eberhard Luetjohann, 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.

UiD